

sche Haushaltsgeräte produziert werden. (XNA, 20.5.97)

Mitte Mai d.J. hat die französische Danone-Gruppe mit der Dongxihu Brauerei Corp. in der Stadt Wuhan (Provinz Hubei) ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Die Investitionen des französischen Partners belaufen sich auf 320 Mio. Yuan, damit hält dieser einen Anteil von 60% am Gemeinschaftsunternehmen. Das Joint Venture wird demnächst eine moderne Abfüllanlage für Bier aufstellen.

Die Danone-Gruppe zählt zu Europas drittgrößtem und weltweit zum sechstgrößten Bierproduzenten mit einer jährlichen Produktionskapazität von 2,4 Mio. t. Die Wuhan Dongxihu Brauerei ist Chinas fünfgrößtes Brauereiunternehmen und produziert 370.000 t Bier pro Jahr. (XNA, 17.5.97) -schü-

### 19 USA verlängern Meistbegünstigung

Mitte Mai d.J. hat der US-Präsident Clinton die Meistbegünstigung für chinesische Einfuhren um ein weiteres Mal verlängert. Clinton zufolge sei dies der beste Weg, um China weiter in den Kreis der Nationen zu integrieren und die eigenen Interessen zu wahren. Der US-Präsident wies auch darauf hin, daß eine Nichtverlängerung der Meistbegünstigung schwerwiegende Folgen für die USA hätte. So wären die US-Unternehmen von einem der am schnellsten wachsenden Märkte ausgeschlossen; vom Handel mit China seien inzwischen bereits 170.000 amerikanische Arbeitsplätze abhängig. Auch die Außenministerin Albright verteidigte Clintons Entscheidung, da anderenfalls die USA riskiert hätten, in der Welt isoliert zu werden. Eine Nichtverlängerung wäre von den Freunden und Alliierten der USA sicherlich nicht verstanden worden. (XNA, 21.5.97)

Mit der Verlängerung der Meistbegünstigung erhält China weiterhin dieselben Zollerleichterungen wie die meisten Handelspartner der USA. Allerdings wird, wie auch in den Jahren zuvor, noch eine heftige politische Diskussion stattfinden. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, daß die Entscheidung sich verändert, da nicht genügend Stimmen im Kongreß gegen Clinton bestehen. (SZ, 21.5.97)

Welche fatalen Auswirkungen die Entziehung der Meistbegünstigung aber auch für China gehabt hätte, zeigt die folgende Tabelle mit einem Vergleich

der Einfuhrzölle der USA mit bzw. ohne Meistbegünstigung am Beispiel einiger repräsentativer Produkte.

Einfuhrzollsätze in Prozent

Produkte	Zoll-	
	satz mit MB	satz ohne MB
Stahlprodukte	0-5	5-20
Gummischuhe	37	66
Spielzeuge	19	55
Mäntel	19	55
Elektr.Motoren		
Generatoren	3-8	35

MB = Meistbegünstigung Quelle: AWSJ, 16.4.97.

Daß die Meistbegünstigung nicht mehr als politisches Druckmittel eingesetzt wird, zeigt ein gleichzeitig laufendes Verfahren gegen chinesische Firmen, die chemiewaffenfähige Produkte an den Iran verkauft haben sollen. Die Unternehmen erhielten Sanktionen, und es wurde ihnen der An- und Verkauf von Produkten in den USA untersagt. Die chinesische Seite protestierte gegen die Sanktionen. (IHT, 24./25.5.97; SZ 24./25.5.97) -schü-

## Binnenwirtschaft

### 20 Reform der Staatsunternehmen: Strategien für 1997, Reformserfolge, Probleme

Reformstrategie für 1997:

Für 1997 hat der Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, Wang Zhongyu, die Strategie zur Umstrukturierung der Staatsunternehmen in einem Interview mit der Zeitschrift *Ban Yue Tan* erläutert. Hierbei gehe es insbesondere um die Weiterführung angelaufener Reformvorhaben zur Umstrukturierung der Unternehmen. Mehr als 2.500 Unternehmen seien als Pilotunternehmen von der Zentral- bzw. von der Provinzregierung ausgewählt worden. In diesen Unternehmen sei bereits mit der Implementierung von Reformmaßnahmen begonnen worden. Diese Pilotunternehmen sollten so weit wie möglich in moderne Unternehmen umgestaltet werden. Es sollten Unternehmen mit neuen Rechtsformen und Kontrollmechanismen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Eigentümern,

Managern und Arbeitskräften entstehen.

Weiterhin sei die Fortsetzung der Reform in den Pilotstädten, in denen die Unternehmen eine optimale Kapitalstruktur erreichen sollen, vorgesehen. Die Zahl der Pilotstädte soll von 58 auf 110 ausgeweitet werden. Dabei sollen Fragen zu Fusionen und zu Konkursen bei der Fortsetzung der Reform durch die Gründung von Führungsgruppen für diese Aspekte, detaillierte Pläne zur Umsetzung und ausführliche Berichterstattung besonders berücksichtigt werden. Nur in den Pilotstädten dürften in kontrollierter Weise Konkursverfahren durchgeführt, außerhalb dieser Städte müßten eingeleitete Konkursverfahren gestoppt werden.

Darüber hinaus soll die Unterstützung für große Staatsunternehmen fortgesetzt werden. Hierbei gehe es in diesem Jahr zunächst um die Formulierung und Implementierung einer Politik zur Unterstützung von Schlüsselunternehmen. Bevor zusätzlich 200 Unternehmen in das Förderprogramm aufgenommen würden, sollten erst die Erfahrungen aus den 300 Unternehmen, die bereits gefördert worden sind, zusammengefaßt werden. Die Unterstützung schließe die Hilfe bei der Gründung von Finanzunternehmen, die Ausweitung der Außenhandelsaktivitäten dieser Unternehmen, den Aufbau von technischen Entwicklungszentren etc. ein. Weiterhin solle die Zahl der Unternehmensgruppen von derzeit 57 auf 100 ausgeweitet werden, die auf nationaler und internationaler Ebene eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweisen sollen.

Von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit der Reform der Staatsunternehmen sieht Wang Zhongyu die Frage der Freisetzung von Arbeitskräften an. So sollen insgesamt mehr Arbeitskräfte entlassen und in andere Beschäftigungsmöglichkeiten transferiert werden. Hierbei sei die Erfahrung von Shanghai und anderen Städten bei der Formulierung und Umsetzung der Politik einzubeziehen.

Auf die Frage von Journalisten, welche Maßnahmen in diesem Jahr zur Anpassung der Industriestrukturen durchgeführt werden, wies Wang zunächst darauf hin, daß die unausgeglichene Industriestruktur sowie der Produktmix für die staatseigenen Unternehmen die größten Probleme darstellten. Zu den Maßnahmen, die in diesem Jahr zur Verbes-

serung der Situation umgesetzt werden sollen, zählten die Beschleunigung der technischen Transformation, der Umstrukturierung des Kapitalstocks, Erneuerung von Ausrüstungen sowie die Förderung der Strukturoptimierung. In den Schlüsselindustrien, die für die Entwicklung der Landwirtschaft verantwortlich seien, insbesondere bei der Produktion von Chemiedünger und Agrochemikalien sowie Landwirtschaftsmaschinen, solle der Wandel beschleunigt durchgeführt werden. Gleichzeitig sei die Förderung der Schlüsselindustrien Maschinenbau, Elektronik, Automobil, Erdöl und Bausektor vorgesehen. Auch Energieeinsparungen sowie die Entwicklung neuer Produkte, insbesondere bekannter Markenprodukte, stehe auf der Liste der geplanten Aktivitäten der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission. (Ban Yue Tan, Beijing, in Chinese, 1.1.97, nach SWB, 3.5.97)

#### *Die aktuelle Entwicklung der Staatsunternehmen:*

Nach den neuesten Statistiken des Staatlichen Statistikamtes belief sich die Zuwachsrate der Wertschöpfung in den staatseigenen Unternehmen auf 5,1% im ersten Quartal d.J. im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Gewinnentwicklung ist in den ersten Monaten d.J. mit Gewinnen vor Steuern in Höhe von rd. 57 Mrd. Yuan bzw. einem Anstieg von 15,7% gegenüber der Vorjahresperiode positiv verlaufen. Die Verluste der Staatsunternehmen erhöhten sich lediglich um 8,6% auf 28 Mrd. Yuan im 1. Quartal d.J. Langsamer steigende Verluste bei höherer Gewinnentwicklung bewertet Ou Xinqian von der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission als Zeichen für eine deutliche Verbesserung der Situation in den Staatsunternehmen. Obwohl es nach Einschätzung von Ou noch längere Zeit dauern wird, bis die Staatsunternehmen aus ihren Schwierigkeiten heraus sind, erwartet er zumindest für die kommenden Monate eine weitere Erholung der Unternehmen. (XNA, 29.5.97) Für Qiu Xiaohua, Chefökonom des Staatlichen Statistikamtes, waren bereits Ende 1996 erste positive Zeichen erkennbar. So fiel der Anteil der Unternehmen, die Verluste machten, im November und Dezember auf 37% und 32% gegenüber dem höchsten Stand von 45,6% wenige Monate zuvor. (XNA, 21.5.97)

Bedenklicher sieht die Ergebnislage der Unternehmen aus, wenn die Gewinne nach Steuern betrachtet wer-

den. Diese betrug in den ersten vier Monaten d.J. nur 2,57 Mrd. Yuan und lagen damit um 33% niedriger als in der Vorjahresperiode 1996. (AWSJ, 29.6.97) Die Standard Chartered Bank weist allerdings darauf hin, daß Gewinne vor Steuern als Indikator für die Performanz der Staatsunternehmen wenig geeignet seien, da der tatsächliche Beitrag der Unternehmen für den Staat und das Wohlfahrtssystem nicht deutlich werde. Die Bank benutzt dagegen einen Nettoabsatzwert-Index („sales value-added“), der durch Abzug der Kosten für Zwischenprodukte, anderer Betriebskosten und Lohnkosten errechnet wird. Der so errechnete Index zeige, daß der Beitrag der Staatsunternehmen zur Wirtschaft um nominal 11,5% und um real 5,1% im letzten Jahr gestiegen sei.

Der Unterschied zwischen dem Wachstum des Nettoabsatzwertes und dem Gewinn sei auf Besonderheiten im chinesischen Verteilungssystem zurückzuführen. So müßten die staatseigenen Unternehmen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Wirtschaft überproportional viel Steuern zahlen. Weiterhin seien die Unternehmen unterkapitalisiert und von den Bankkrediten abhängig, so daß sie stets durch hohe Zinszahlungen belastet wären. Darüber hinaus müßten die Unternehmen die soziale Absicherung der Arbeitskräfte übernehmen. Die Bank widersprach auch den Schätzungen, daß im letzten Jahr rd. 10 Mio. Arbeitskräfte freigesetzt worden seien. Tatsächlich hätten 5,34 Mio. Arbeitskräfte nach kurzer Zeit in andere Beschäftigungsverhältnisse transferiert werden können, und die übrigen Arbeitskräfte erhielten noch einen Minimallohn durch ihr altes Unternehmen. (SCMP, 26.4.97)

#### *Reformerfolge: Gründung von Kapitalgesellschaften*

Als positive Entwicklung wird die Gründung von Kapitalgesellschaften angesehen. Die Vertreter der Staatlichen Kommission für die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems wiesen auf der o.g. Pressekonferenz auch darauf hin, daß von den 9.200 Kapitalgesellschaften, die Ende letzten Jahres bestanden hätten, der überwiegende Teil staatseigene Unternehmen seien. Hierbei handele es sich um neu organisierte oder neu gegründete Staatsunternehmen. Der Wert der Kapitalanteile dieser Unternehmen wird mit rd. 600 Mrd. Yuan angegeben, ein Anteil von 150 Mrd. Yuan entfalle auf öffentlich begebene Aktien. Die Zahl

der an den Börsen in Shanghai und Shenzhen notierten Unternehmen belaufe sich auf 530, davon durften 88 Unternehmen B-Aktien und 27 Unternehmen an ausländischen Börsen Aktien emittieren. Insgesamt hätten die Unternehmen Kapital in Höhe von rd. 85 Mrd. Yuan durch den Aktienverkauf beschaffen können.

Die Erfahrungen der staatseigenen Unternehmen mit dem Aktiensystem zeigten, daß die Unternehmen ihre Strukturen erneuern konnten, und gleichzeitig seien dadurch Fusionen und Akquisitionen sowie Konkurse erleichtert worden. Die Einführung des Aktiensystems habe weiterhin die Aufstellung und Bewertung von Vermögenswerten in den Unternehmen beschleunigt.

Auf der Pressekonferenz wurde von Journalisten die Frage gestellt, ob der Kauf von öffentlich begebenen Aktien die schrittweise Einführung eines Systems privater Eigentumsrechte sei. Vertreter der Staatlichen Kommission für die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems wiesen darauf hin, daß der Staat in bestimmten Branchen seine überwachende Position beibehalten werde. Ende letzten Jahres habe der Staat in 373 von insgesamt 530 an der Börse notierten Unternehmen einen Kontrollanteil gehalten; in 83 Unternehmen besaß eine kollektive Einheit einen Kontrollanteil an den Unternehmensaktien. Insgesamt betrage also der Anteil der Unternehmen, in denen entweder der Staat oder das Kollektiv einen Kontrollanteil an den Aktien halte, rd. 85% der öffentlich notierten Aktienunternehmen, und damit zeige sich auch das Prinzip des öffentlichen Eigentums als dominantes Element. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 6.5.97, nach SWB, 9.5.97)

#### *Beispiele erfolgreicher Umwandlung von Staatsbetrieben:*

Die Chunlan-Gruppe aus Nord-Jiangsu wird als Beispiel der erfolgreichen Reform eines Staatsunternehmens zitiert. Das Unternehmen zählt zu den rd. 1.000 großen Pilotunternehmen, die eine finanzielle Unterstützung der Zentralregierung erhalten. Weiterhin ist Chunlan ein bedeutender Gewinnbringer innerhalb der Gruppe der Unternehmen, die von der Provinzregierung Jiangsu unterstützt wird. Das Unternehmen, das zuvor kleine Kühlschränke hergestellt hatte und verschuldet war, verwandelte sich zum größten Anbieter von Kühlgeräten mit hohen Anlagewerten.

Der Präsident der Chunlan-Gruppe, Tao Jianxing, führt den Erfolg auf die wiederholte Anpassung der Management- und Produktionsmethoden ab Mitte der 80er Jahre zurück. Das Unternehmen hat heute nur noch 18 Top-Mitarbeiter in der Verwaltung, einschließlich des Präsidenten und des Finanzchefs, die wichtige Entscheidungen relativ schnell treffen können. Durch striktes Management und strikte Kontrolle über Materialströme konnten 1996 die Durchschnittskosten für Rohstoffe und Komponenten um über drei Prozent gesenkt werden. Ein weiterer Erfolgsgrund ist das landesweite Verkaufnetzwerk mit 13 Niederlassungen, rd. 10.000 Verkaufsstationen und einem schnell wachsenden Auslandsmarkt.

Zusätzlich zu den neu angeschafften Ausrüstungen will die Chunlan-Gruppe in nächster Zeit ihre Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung ausweiten. Ein Zentrum für Forschung und Entwicklung mit einem Investitionsvolumen von 1,3 Mrd. Yuan (157 Mio. USD) wurde bereits in diesem Jahr eröffnet. Die Forschung soll sich auf künstliche Intelligenz und Elektroniktechnologie und auf neue Entwicklungen in den Grenzwissenschaften konzentrieren. (XNA, 31.5.97)

#### *Entwicklung der Unternehmenskonkurse:*

Nach Angaben der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission betrug die Zahl der Konkurse im Jahre 1996 insgesamt 6.232 und stieg damit gegenüber dem Vorjahr um 161,3%. Wie die folgende Tabelle zeigt, beschleunigte sich die Konkursentwicklung seit 1994 drastisch.

#### *Entwicklung der Konkursverfahren*

Jahr	Konkurse
1988	143
1989	157
1990	151
1991	163
1992	165
1993	171
1994	1.703
1995	2.385
1996	6.232

Quelle: State Economic and Trade Commission, AWSJ-Staff Research, in: AWSJ, 19.5.97.

Die regionale Verteilung der Konkursverfahren sah 1996 wie folgt aus: (Prozent gegenüber 1995)

<i>Provinz Hebei</i>	
838 Konkurse,	+ 351%
<i>Provinz Shandong</i>	
775 Konkurse,	+78%
<i>Provinz Hunan</i>	
715 Konkurse,	+511%
<i>Provinz Liaoning</i>	
2 Konkurse,	+1268%
<i>Provinz Heilongjiang</i>	
543 Konkurse,	-10%
<i>Provinz Jiangsu</i>	
444 Konkurse,	+198%
<i>Shanghai</i>	
81 Konkurse,	+108%
<i>Provinz Guangdong</i>	
30 Konkurse,	+58%
<i>Beijing</i>	
12 Konkurse,	+1.100%

Mit nur sechs Konkursen in Ningxia und zwei Konkursen in Qinghai entfielen auf diese Autonomen Regionen die wenigsten Bankrotte; aus Tibet wird kein Konkursverfahren gemeldet. (NfA, 11.2.97) Dagegen gab es in Hainan eine ganze Reihe von Konkursen, allerdings bei kleineren Staatsunternehmen. In dem Konkursverfahren gegen drei solcher Unternehmen, die hohe Verluste aufgrund eines schlechten Managements eingefahren hatten, entschied das Konkursgericht Mitte Mai d.J. die Versteigerung der Unternehmen. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 15.5.97, nach SWB, 23.5.97)

Staatliche Verlustunternehmen in den Pilotstädten sollen inzwischen sehr daran interessiert sein, in Konkurs zu gehen, um an der finanziellen Unterstützung für die freigesetzten Arbeitskräfte und von der Schuldentrückzahlung partizipieren zu können. Die Zentralregierung hat für 1997 eine Summe von rd. 30 Mrd. Yuan hierfür festgelegt.

Nach Einschätzung von Dong Furen, stellvertretender Vorsitzender des Finanz- und Wirtschaftskomitees beim NVK und bekannter Ökonom, werden die 30 Mrd. Yuan bei weitem nicht ausreichen, um die Schulden der Staatsunternehmen und die Bereitstellung von Finanzmitteln für freigesetzte Arbeitskräfte zu übernehmen. Deshalb versuchten alle Unternehmen, ein „Stück von dem Kuchen“ zu bekommen. (SCMP, 2.5.97)

Vor einigen Monaten wurde eine Führungsgruppe für Konkurse und Fusionen beim Staatsrat gegründet, die auch gleichzeitig die hiermit verbundenen Probleme der Arbeitslosigkeit mit der Zielsetzung berücksichtigen soll, den Transfer von freigesetzten Arbeitskräften in neue

Beschäftigungsmöglichkeiten zu erleichtern. Die neue Leitungsgruppe konzentriert ihre Arbeit auf die Pilotstädte, deren Lokalregierungen zusammen mit den Banken entscheiden sollen, ob ein zahlungsunfähiges Unternehmen in Konkurs gehen darf und wie hoch die Schulden des Unternehmens sind, die von der Zentralregierung bei Fortführung des Unternehmens übernommen werden müßten. Für das Jahr 1997 steht - wie oben bereits erwähnt - eine Summe von rd. 30 Mrd. Yuan für die Deckung ausstehender Schulden zur Verfügung. Im letzten Jahr betrug die entsprechende Summe 20 Mrd. Yuan.

Beim Konkursverfahren in den Pilotstädten wird ein von der zentralen Verwaltung zugelassener Gutachter für die Bewertung des Unternehmensvermögens eingesetzt. Wenn das Grundstück des Konkursunternehmens dem Staat gehört, kann es nach Bewertung an einen neuen Nutzer verkauft werden. Einnahmen aus Verkäufen von Anlagevermögen müssen für die freigesetzten Arbeitskräfte verwandt werden. Für den Fall, daß keine ausreichenden Einnahmen vorhanden sind, die sich auf das Dreifache der durchschnittlichen Einkommen der Beschäftigten belaufen sollen, muß die Lokalregierung den Rest zahlen. Im Konkursverfahren müssen sowohl die Manager des Unternehmens als auch die Verantwortlichen in der Lokalregierung mit einer Bestrafung rechnen.

Bei Fusionen ist das Unternehmen, das ein anderes übernimmt, für alle Schulden dieses Unternehmens sowie für deren Arbeitskräfte verantwortlich. Allerdings können die Schulden über einen Zeitraum von drei Jahren und zinsfrei beglichen werden. (SCMP, 21.4.97)

#### *Weiter bestehende Probleme:*

Nach Einschätzung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Bangguo bemühten sich zwar viele Staatsunternehmen um eine erfolgreiche Umstrukturierung, doch von nicht wenigen kämen dazu nur Lippenbekenntnisse. Aufgrund der schlechten Vermarktung ihrer Produkte erwarteten sie staatliche Unterstützung und machten sich davon abhängig, statt tatsächlich strukturelle Veränderungen durchzuführen, neue Produkte zu entwickeln, den Kundendienst zu verbessern und Kosten einzusparen. Kritisch bemerkte deshalb Wu Bangguo, daß die

Veränderung der Unternehmensmechanismen vielfach zu „leerem Geschwätz“ verkommen sei.

Wu Bangguo zufolge müßten sich die Staatsunternehmen an die neuen Bedingungen des Marktes anpassen, der nicht mehr wie früher ein Verkäufermarkt, sondern inzwischen ein Käufermarkt geworden sei. Da der nationale mit dem internationalen Markt heute stärker verbunden sei, habe sich auch der Wettbewerb intensiviert. Aus den Erfolgsbeispielen der Chunlan-Gruppe und dem Handan Iron and Steel Works sowie anderen Vorbildern der erfolgreichen Reform müsse gelernt werden. Wu Bangguo zufolge wiesen alle Unternehmen drei gemeinsame Merkmale auf:

- Die Unternehmen haben alle den Markt erschlossen und konnten ihre Marktanteile erhöhen; die Absatzquote einiger Unternehmen erreicht sogar fast 100%.

- Die Unternehmen konzentrieren sich auf Produkte mit einem hohen High-Tech-Anteil und einer hohen Wertschöpfung.

- Die Unternehmen haben eine optimale Faktorkombination mit niedrigen Kosten und hohen Gewinnen erreicht.

Wu Bangguo zufolge können Unternehmen, die keinen Markt für ihre Produkte haben, nicht überleben. Die Markterschließung hänge jedoch von Faktoren wie den Managementmechanismen, Technologie und den Produkten ab. Sollten in diesen Bereichen bestehende Probleme nicht gelöst werden, bliebe es bei leerem Geschwätz über Marktzutritt und Marktentwicklung. (RMRB, 19.5.97, nach SWB, 23.5.97) -schü-

## 21 Arbeitslose sollen verstärkt unterstützt werden

Auf einer nationalen Konferenz Ende Mai forderte der stellvertretende Ministerpräsident Wu Bangguo, die freigesetzten Arbeitskräfte zu unterstützen, indem neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Mehr Anstrengungen als bisher sollten bei der Umstrukturierung der staatseigenen und kollektiven Unternehmen und der Bereitstellung von Arbeitsplätzen für ihre überschüssigen Beschäftigten geleistet werden.

Ende März d.J. wird von einer Zahl von neun Millionen freigesetzter Ar-

beitskräfte berichtet. Zusätzlich sollen elf Millionen Arbeitskräfte keinen Lohn bzw. einen niedrigeren als den üblichen Lohn erhalten haben. Weiterhin erhielten 2,3 Millionen in Ruhestand getretene Arbeitskräfte aus Staatsbetrieben keine bzw. nur eine geringere Rentenzahlung.

Um diese Probleme zu lösen, rief Wu Bangguo dazu auf, ausreichend Finanzmittel bereitzustellen, damit die Arbeitslosen materiell ausreichend unterstützt und neue Arbeitsplätze für sie geschaffen werden können. (XNA, 30.5.97)

Offiziellen Angaben des stellvertretenden Arbeitsministers Lin Yongsan zufolge waren 5,53 Millionen Personen Ende 1996 arbeitslos, und weitere 22 Millionen überschüssige Arbeitskräfte im Staatssektor erhielten einen Minimallohn und warteten auf den Transfer in neue Beschäftigungsmöglichkeiten. (SCMP, 9.5.97)

Weitere offizielle Angaben zur Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung wurden Anfang Mai von Wang Dongjin, stellvertretender Minister der Kommission für die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems, gemacht. Danach werden bis zum Ende der Dekade rd. 20 Millionen Arbeitskräfte freigesetzt werden müssen. Im Staatssektor seien mindestens 54 Millionen bzw. 36% der Gesamtbeschäftigten überschüssig. Allerdings würde nur ein Drittel davon arbeitslos werden, und die restlichen zwei Drittel könnten in anderen Beschäftigungsmöglichkeiten untergebracht werden. Damit steige jedoch die Arbeitslosigkeit auf 15 bis 20 Millionen Personen. (SCMP, 7.5.97)

Wie groß das Problem der verdeckten Arbeitslosigkeit ist, wurde auch in einer Untersuchung deutlich, die im Februar und März d.J. gemeinsam von Experten der Ministerien für Arbeit aus China, Schweden und der International Labor Organization durchgeführt wurde. Die Untersuchung erfaßte 300 Unternehmen in Beijing, Shanghai, Tianjin, Guangzhou und Shenzhen und kam u.a. zu dem Ergebnis, daß 21% der Beschäftigten in den Staatsunternehmen nichts zu tun haben. Darüber hinaus schätzt die chinesische Regierung, daß für 82,5 Mio. überschüssiger Arbeitskräfte in den ländlichen Gebieten in den nächsten fünf Jahren eine Beschäftigung in nichtlandwirtschaftlichen Unternehmen auf dem Land oder in den Städten geschaffen werden

muß. (AWSJ, 1.5.97)

Der o.g. Artikel im *Asian Wall Street Journal* weist darauf hin, daß die neuen Arbeitsrechtsbestimmungen den Faktor Arbeit allerdings erheblich verteuert hätten, so daß die Schaffung neuer Arbeitsplätze dadurch erschwert werde. Hierzu zähle die relativ teure soziale Absicherung der Arbeitskräfte durch Renten, bezahlten Urlaub und andere Rechte. Wie hoch die Kosten beispielsweise für ein Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung in Beijing sind, zeigt die untenstehende Tabelle.

Leistungen in Prozent des Gesamtlohnes

Med.Versorgung	7,5
Arbeitslosenversicherung	
u.a soziale Leistungen	20
Leistungen	20
Rentenfonds	20

Quelle: AWSJ, 1.5.97.

Das Beispiel in der obigen Tabelle bezieht sich auf die Stadt Beijing; für andere Städte sind andere Prozentsätze möglich. Weiterhin müssen die mit Auslandskapital gegründeten Unternehmen sonstige von der Regierung auferlegte Kosten für ihre Beschäftigten übernehmen. Hierzu können in Beijing folgende Leistungen zählen:

- Zahlungen in einen Ausbildungsfonds in Höhe von etwa 1,5% der Lohnsumme;

- Zahlungen in einen Wohnungsbaufonds in Höhe von 30 Yuan pro Monat und je Beschäftigtem;

- Inflationsausgleich in Höhe von 30 Yuan pro Monat und Beschäftigten;

- Zahlungen in einen Arbeitslosenfonds in Höhe von 1% der Lohnsumme;

- Zahlungen für eine Mutterschaftsversicherung in Höhe von 0,6 bis 1% der Lohnsumme sowie

- Zahlungen in einen Fonds für schwere Krankheitsfälle in Höhe von 2,5% des monatlichen Durchschnittslohns.

Mit Ausnahme des letztgenannten Fonds müssen die anderen sozialen Leistungen von den Joint Venture-Unternehmen getragen werden, wenn auch in lokal unterschiedlicher Höhe. Schätzungen zufolge sind durch diese Leistungen die Betriebskosten in den

Unternehmen auf rd. 30% gestiegen. (AWSJ, 1.5.97)

Neben staatlichen Aktivitäten ist immer mehr die individuelle Suche nach einer Arbeitsstelle gefragt, doch sind die Voraussetzungen hierfür noch relativ unterentwickelt. Zwar hat inzwischen die staatliche Zuteilung von Arbeitsplätzen an Bedeutung verloren und die Arbeitskräfte können sich selbst um eine Beschäftigung bemühen, doch gestaltet sich die Arbeitsuche aufgrund der mangelnden Markttransparenz als äußerst schwierig. So bieten nur wenige Unternehmen aufgrund der hohen Kosten mit Hilfe der Tageszeitungen eine Stelle an. Ausländische Unternehmen und Joint Venture-Unternehmen wenden sich oft an Agenturen, die Arbeitskräfte vermitteln, oder rekrutieren Arbeitskräfte direkt von den Universitäten.

Unternehmen sowie Arbeitsuchende haben sich in den letzten Jahren verstärkt an Arbeitskräftebörsen gewandt, die regelmäßig hohe Besucherzahlen aufweisen. Im Januar d.J. wurde beispielsweise in der Sonderzone Pudong bei Shanghai eine eintägige Messe für Unternehmen und arbeitsplatzsuchende Hochschulabsolventen veranstaltet. Hierzu kamen rd. 50.000 Studienabgänger verschiedener Hochschulen, die sich um 8.000 Arbeitsstellen bemühten, die von 540 Unternehmen angeboten wurden. Allerdings ist es fraglich, ob Unternehmen in der Lage sind, unter diesen Bedingungen die Eignung von Kandidaten bewerten zu können. Insgesamt bedarf es also noch effizienterer Formen der Arbeitsplatzsuche und Arbeitskräfteauswahl. (SCMP, 2.5.97) - schü-

## 22 Neue Fortschritte bei der Bankenreform und ungelöste Probleme

**Neue Kreditformen** Die Differenzierung der Produktpalette der Banken hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Hierzu zählt auch die Vergabe von Krediten für den Wohnungsbau bzw. -kauf an Privatkunden. Die China Construction Bank (CCB) will nach Angaben ihres stellvertretenden Bankpräsidenten, Shi Chungui, 1997 solche Kredite mit einem Volumen von rd. 4 Mrd. Yuan (ca. 480 Mio. US\$) bereitstellen. Langfristig gesehen, sollen diese Kredite rd. 50% der gesamten Kredite für Anlagevermögen ausmachen. Bis Ende letzten Jahres hat die CCB insgesamt Kredite für den

Wohnungsbau bzw. -kauf in Höhe von rd. 20 Mrd. Yuan vergeben, davon waren 6,51 Mrd. Yuan noch ausstehende Kredite. Allein auf Shanghai entfiel davon ein Anteil von 2,3 Mrd. Yuan. (XNA, 22.5.97) Auch die Industrial and Commercial Bank of China (ICBC) will in diesem Jahr Kredite als Hypothekendarlehen mit einem Volumen von rd. 4 Mrd. Yuan bereitstellen. Die Kredite sollen nicht nur Privatkunden zur Verfügung stehen, sondern auch Unternehmen, die Garantien für ihre Beschäftigten übernehmen und für diese die Rückzahlung der Kredite durchführen. (XNA, 21.5.97) **Mehr Kontrolle:** Die Zentralbank hat die Finanzinstitute dazu aufgerufen, ihr internes Kontrollsystem zu verbessern. Hierunter fällt die Kontrolle der internen Organisationsstruktur, von Kreditrisiken, die Kontrolle über den Handel mit Finanzderivaten, des Einlagensicherungsfonds sowie des Buchführungssystems, der Bevollmächtigung und Zulassung sowie des Computersystems. Um die Banken bei diesen Aufgaben zu unterstützen, hat die Zentralbank Richtlinien für die Stärkung der internen Kontrolle in den Finanzinstituten veröffentlicht. In diesen Richtlinien ist die Zentralbank als überwachende Institution genannt, die die interne Kontrolle der Banken überprüft und Änderungen verlangen kann. (XNA, 23.5.97) -schü-

## 23 Warnung vor Kurseinbrüchen scheint Börsenfieber nicht zu dämpfen

Extreme Kurssteigerungen in den letzten Wochen haben die Börsenaufsichtsbehörde und andere zentralstaatliche Stellen dazu gebracht, Korrektur- und Regulierungsmaßnahmen mit dem Ziel einzuleiten, den überhitzten Markt abzukühlen. Zunächst waren in den staatlichen Medien in den letzten Wochen wiederholt Warnungen vor Kurseinbrüchen und möglichen Verlusten für die Investoren erschienen. (AWSJ, 2./3.5.97) Das anhaltende Börsenfieber - so werden die A-Aktien inzwischen zum 49fachen des Gewinns von 1996 gehandelt (FAZ, 3.5.97) - hat die verantwortlichen Behörden jedoch inzwischen zu zusätzlichen Maßnahmen greifen lassen.

Bereits 1996 wies der Dow Jones Shanghai Index, der nur A-Aktien enthält, eine Zunahme um 161% auf; der Dow Jones Shenzhen Index stieg 1996 um 231 gegenüber 1995. Marktanalysten zufolge seien diese Steige-

rungen auf Manipulationen und Spekulationen zurückzuführen, die eine Schlüsselrolle gespielt hätten. (AWSJ, 12.5.97)

Bis Ende April 1997 erhöhte sich die Zahl der börsennotierten Unternehmen nach Angaben der *Shanghai Securities News* in Shanghai und Shenzhen auf insgesamt 603 und war demnach vergleichbar hoch wie die Zahl der Unternehmen an der Hongkonger Börse. Allerdings war die Kapitalisierung beider festlandchinesischen Börsen mit einem Volumen von 1,62 Billionen Yuan um rd. die Hälfte niedriger als die der Hongkonger Börse mit 3,58 Billionen HKD. (XNA, 12.5.97)

Ende Mai veröffentlichte die Zentralbank zusammen mit der Börsenaufsichtsbehörde und der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission eine neue Bestimmung, die staatseigene Unternehmen und an Börsen bereits notierende Unternehmen von Aktiengeschäften für einen bestimmten Zeitraum ausschließt. Als Begründung hierfür wird angegeben, daß in letzter Zeit hohe Finanzmittel von diesen Unternehmen auf verschiedenen Wegen in die Aktienbörse geflossen seien. So hätten Staatsunternehmen Bankkredite oder eigene Entwicklungsfonds für Aktienspekulationen verwendet. Die bereits an der Börse notierenden Unternehmen hätten neben Bankkrediten auch die aus der Aktienemission beschafften Finanzmittel für Aktiengeschäfte eingesetzt. Hierdurch sei nicht nur ein höheres Risiko für das Management ihrer Unternehmen entstanden, sondern eine Spekulationswelle an der Börse ausgelöst worden.

Die staatseigenen Unternehmen bzw. Unternehmen, die bereits an der Börse notieren und die Aktien als langfristige Investitionen halten, wurden angewiesen, genaue Informationen darüber an die Börsenaufsichtsbehörde zu liefern. Allen Unternehmen soll es zukünftig nur erlaubt sein, lediglich ein A-Aktienkonto an der Börse zu eröffnen. Sollten nach Veröffentlichung dieser Bestimmung die in Frage kommenden Unternehmen weiter an Aktienspekulationen beteiligt sein, müssen sie mit rechtlichen Sanktionen rechnen; außerdem werde das unrechtmäßig erworbene Einkommen aus Aktiengeschäften eingezogen. (XNA, 22.5.97)

Als weiteres Mittel zur Abkühlung des Marktes wurden Mitte Mai d.J. die Stempelgebühren (Börsenumsatzsteuer) für Aktien-

transaktionen von 0,3% auf 0,5% erhöht. Als Grund hierfür wurde vom Staatsrat die Förderung der stabilen und gesunden Entwicklung des Wertpapiermarktes angegeben. Von den höheren Gebühren wird sowohl der Handel mit A-Aktien für Inländer als auch der B-Aktienhandel (für ausländische Investoren) betroffen sein. Höhere Gebühren erlauben gleichzeitig auch der Zentralregierung, stärker als bisher Einkommen aus den Wertpapierbörsen abzuschöpfen.

Im Zusammenhang mit der besseren Überwachung des Wertpapiermarktes plant die Shanghai Börsenverwaltung Investitionen in Höhe von drei Millionen Dollar, die u.a. auch für die Fortbildung des Personals bestimmt sein sollen. Die geplante Verschärfung der Überwachung wird sich auch auf die Wertpapierunternehmen erstrecken. Diese sollen dazu gebracht werden, der Börsenverwaltung regelmäßig Finanzberichte vorzulegen, und die Überprüfung der Unternehmen soll standardisiert werden. Ziel der besseren Kontrolle sei der Schutz der Anleger. (XNA, 14.5.97)

Nach Angaben von Lu Wenshan, stellvertretender Direktor der Rechtsabteilung der Shanghai Börsenverwaltung, ist es nicht nur die Aufgabe der Börsenverwaltung, den Aktienhandel zu überwachen. Vielmehr sollen auch die börsengemeldeten Unternehmen und die übrigen Börsenmitglieder überwacht werden, um einen „offenen, unparteiischen und gerechten“ Handel und eine Standardisierung der Abläufe zu erreichen.

Die Börsenverwaltung hatte bereits Anfang 1995 eine Aufsichtsabteilung eingerichtet, zu der die Bereiche Marktüberwachung, Aufsicht und Rechtsfragen zählen. Ein Anfang letzten Jahres neu eingesetztes Marktüberwachungssystem erlaubt es der Börsenverwaltung, jeden ungewöhnlichen Ausschlag in den Aktienpreisen sofort zu erfahren und auf Marktverstöße sofort zu reagieren. Lu Wenshan sieht die Standardisierung und die Überwachung der Börse als langfristige Aufgabe an. Das Ziel sei es, Shanghai zu einer Wertpapierbörse mit Weltrang zu machen. (XNA, 14.5.97)

Zu den Maßnahmen zählt außerdem die Aussetzung des Handels bestimmter Aktienwerte. So wurden Mitte Mai d.J. die an der Shanghai Börsen gehandelten A-Aktien She-

nyang Neu-Alpine Software Co. und Hebei Weiyuan Industry Co. sowie die in Shenzhen notierten Werte Luzhou Old Cellar Co. und der Shenzhen Energy & Investment Co vom Handel ausgeschlossen, da bei diesen Werten extreme Preisbewegungen verzeichnet wurden. Die betreffenden Unternehmen müssen jetzt der Börsenaufsichtsbehörde eine Erklärung für diese Preisbewegungen vorlegen. (AWSJ, 19.5.97)

#### *Ankündigung neuer Aktienemissionen für 1997*

Als weiteres Mittel, um die überhitzte Aktienkursentwicklung abzukühlen, haben die Staatliche Planungskommission und die Börsenaufsichtsbehörde angekündigt, daß in diesem Jahr Aktien mit einem Volumen von rd. 30 Mrd. Yuan neu emittiert werden können. Die hohe Neuemission soll den Staatsunternehmen außerdem die Möglichkeit geben, verstärkt Zugang zum Kapitalmarkt zu erhalten und dort die dringend benötigten Finanzmittel für ihre Umstrukturierung zu beschaffen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 15.5.97, nach SWB, 20.5.97)

Trotz dieser Anstrengungen scheint eine Dämpfung des Börsenfiebers noch nicht gelungen zu sein, da Ende Mai die Aktienpreise Steigerungen von wiederum 40% aufwiesen. (FT, 30.5.97) -schü-

Diese informierte sofort nach Erhalt des Briefes die Polizei.

Irgendwie sickerte der Fall auch an die Medien durch, und drei Blätter berichteten sofort darüber, obwohl die Reporter untereinander bis auf weiteres Geheimhaltung vereinbart hatten. Außerdem passierten bei den Geldübergaberversuchen und der Fahndung nach drei Hauptverdächtigen aufgrund der mangelhaften Organisation innerhalb der Polizei eine Reihe von Pannen, obwohl sie Hinweise auf eine heiße Spur erhalten hatte. Schließlich wurden lediglich einige Personen, die enge Verwandte oder Freunde der Hauptverdächtigen sein sollen, als vermutliche Komplizen festgenommen. Kurz darauf wurde die Leiche von Bai Xiaoyan in einem Teich entdeckt. Medizinischen Untersuchungen zufolge wurde sie mißbraucht und kaltblütig erschlagen.

Im letzten Jahr wurden 140 und im ersten Quartal d.J. bereits 42 Entführungen gemeldet. Außer dem Fall Bai Xiaoyan gab es im April noch die Entführung eines weiteren Schülers, eines Unternehmersohnes, der ebenfalls ermordet wurde. Darüber hinaus sind weiterhin zwei Fälle von Schwerekriminalität vom letzten November, ein Massaker an neun Personen im Kreis Taiyuan, wobei auch der Kreisregierungschef Liu Bangyou (Liu Pang-yu) zu Tode kam, und der Mord an einer führenden Politikerin der Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), Peng Wanru, bislang ungeklärt.

---

## Taiwan

---

### **24 Große Massendemonstrationen und kleine Kabinettsumbildung**

Angesichts der zunehmenden Fälle von Schwerekriminalität gab es im Berichtsmonat drei große Massendemonstrationen gegen die Regierung. Wie im letzten Heft von C.a. (97/4, Ü 23) berichtet, hat besonders einer dieser Fälle die Gesellschaft erschüttert. Die 17jährige Schülerin Bai Xiaoyan (Pai Hsiao-yan), einzige Tochter der sehr populären Fernseh-Entertainerin Bai Bingbing (Pai Ping-ping), wurde am 14. April von einer Bande entführt. Die Täter haben zunächst dem Mädchen einen kleinen Finger abgeschnitten und ihn zusammen mit einem Erpresserbrief, in dem sie 5 Mio. US\$ forderten, an die Mutter gesandt.

Wegen der Popularität von Bai Bingbing waren die Berichte über den qualvollen Tod ihrer Tochter ein besonderer Schock für die Öffentlichkeit. Während das Schicksal des Mädchens noch ungewiß war, appellierte die Mutter auf einer Pressekonferenz an Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui), sich nicht nur um die Außenpolitik, sondern auch um die soziale Sicherheit im Lande zu kümmern. Diese Worte rührten viele, besonders aber die Eltern mit Klein- oder Schulkindern. Die Regierung sah sich der Kritik von allen Seiten ausgesetzt; die Opposition forderte ihren Rücktritt. Daraufhin warf die Regierung den Kritikern vor, den Entführungsfall zu politisieren, und der Präsident äußerte sogar, daß die Kritik im Interesse der kommunistischen Regierung in Beijing sei.

Gegen die arroganten Äußerungen und Schuldzuschiebungen seitens der Regierung veranstalteten am 4. Mai über 100 Massen- und Berufsorganisa-